

Bereich Jugend und Bildung



LIEBE PARITÄTERINNEN UND PARITÄTER,

der aktuelle Newsletter aus dem Bereich Jugend und Bildung hat neben weiteren Informationen zum Thema EU-Datenschutz-Grundverordnung auch das Thema Schulsozialarbeit, neue Broschüren aus dem Bereich UMF sowie das Thema Kinderschutz zum Inhalt. Nicht vergessen werden dürfen personelle Änderungen sowie Veranstaltungshinweise.

Ich hoffe, es sind wieder für Sie wichtige Informationen und Hinweise dabei.

Herzliche Grüße

Barbara Meier

Fachinformationen Jugend Frühjahrstagung der Fachgruppe Jugendhilfe

Am 15.05.2018 traf sich die Fachgruppe Jugendhilfe in der Einrichtung „Michaelshof Hepsisau“ zum Thema „sexuelle Bildung in der (stationären) Jugendhilfe“.

Neben einem Fachvortrag von Kai Kabs-Ballbach zu den gesellschaftlichen und medialen Rahmenbedingungen, in denen junge Menschen ihre Sexualität entwickeln, wurden



auch zwei Praxisbeispiele vorgestellt. Von Seiten der Waisenhausstiftung Freiburg wurde der Weg zu einem sexualpädagogischen Konzept erläutert und mit Erfahrungen aus der Praxis unterlegt.

Über Erfahrungen mit dem Präventionskoffer Prävikibbs berichteten Mitarbeiterinnen der Einrichtung Jella. Die Vorträge wurden von der Fachgruppe sehr positiv aufgenommen und die Rückfragen zeigten das große Interesse am Thema. Der fachliche Austausch durfte auch nicht fehlen, weshalb mittels des World Cafés verschiedenen Fragestellungen zur sexuellen Bildung beantwortet wurden.

Für das leibliche Wohl war seitens der Einrichtung sehr gut gesorgt und bei schönem Wetter fand das Mittagessen in gemütlicher Runde im Freien und mit Leckerem vom Grill statt. Die Mittagspause wurde zum Austausch sowie zum besseren Kennenlernen genutzt. Auch durfte eine kurze Führung zur Vorstellung der Einrichtung nicht fehlen.

Gefördert wurde die Frühjahrstagung mit Mitteln der Glückspirale.

»Die Unterlagen der Tagung finden sich hier (Achtung Zugangsdaten für den internen Bereich notwendig)

EU Datenschutz Grundverordnung: Informationspapier für Fachberatungsstellen



In einem kurzen Informationspapier macht die Bundeskoordinierung Spezialisierter Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend (BKSF) auf drei Grundsatzthemen von spezialisierter Fachberatung aufmerksam, die von der DSGVO betroffen sind: Datenschutzhinweise auf Webseiten und die Bestellung von Datenschutzbeauftragten, elternunabhängige Beratung und anonyme Beratung.

»Das Informationspapier finden Sie hier.

Neues aus dem Liga-Projekt "Ombudschaft Jugendhilfe"



Im Liga-Projekt "Ombudschaft Jugendhilfe" hat sich seit dem letzten Newsletter einiges getan. Die Internetseite mit den Ansprechpartnern ist eingerichtet und findet sich hier: <https://ombudschaft-jugendhilfe-bw.de/ombudschaft/beratung.html>.

Zudem ist das zweite Projektmagazin im Juni 2018 erschienen und kann hier abgerufen werden: <https://ombudschaft-jugendhilfe-bw.de/aktuelles/news->

<ansicht/news/projektmagazin-nr-2-erschienen.html>

Für die Zielgruppe der jungen Menschen ist zudem ein Erklärvideo zum Thema Ombudschaft in der Jugendhilfe in Baden-Württemberg entstanden, welches einen niederschweligen Zugang zur ombudtschaftlichen Beratung ermöglichen soll.

[»Zum Erklärvideo](#)

Dialogforum Pflegekinderhilfe

Dialogforum Pflegekinderhilfe

Die neue Internetseite des Dialogforums Pflegekinderhilfe soll der Öffentlichkeit und der Fachwelt die Debatten und Ergebnisse des Dialogforums zugänglich machen. Das Dialogforum Pflegekinderhilfe hat zur Aufgabe, im Dialog mit unterschiedlichen Akteur*innen im Feld, der Fachpraxis und der Politik, fachliche Handlungs- und gesetzliche Änderungsbedarfe herauszuarbeiten. Diese Erkenntnisse werden auf der neu gestarteten Internetseite in Form von Dokumentationen themenspezifischer Veranstaltungen, Expertisen und Diskussionspapieren zur Verfügung gestellt.

Vertiefend wurden Fragen im Feld behinderter Pflegekinder und der Inklusion, des Übergangs ins Erwachsenenleben (Care-Leaving), der Migration und der Vormundschaft behandelt.

Zur Entstehungsgeschichte: Im Zuge der Neubestimmung des SGB VIII wurde durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt, deren Aufgabe es unter anderem war, Eckpunkte für eine Weiterentwicklung der Pflegekinderhilfe zu definieren und Vorschläge zu unterbreiten. Parallel dazu hat das BMFSFJ ab Juni 2015 die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) mit der Organisation und Gestaltung des Dialogforums Pflegekinderhilfe beauftragt.

[»weiter zur Homepage des Dialogforums](#)

Expertise "Ärztliche Versorgung Minderjähriger nach sexueller Gewalt ohne Einbezug der Eltern"

S.I.G.N.A.L e.V., eine Mitgliedsorganisation des Paritätischen Landesverbandes Berlin, hat eine vom DIJuF erstellte und vom Berliner Landesverband finanzierte Expertise zum Thema "Ärztliche Versorgung Minderjähriger nach sexueller Gewalt ohne Einbezug der Eltern" herausgegeben.

Beschrieben wird der Aufbau der Expertise wie folgt:
"Die eigentliche rechtliche Expertise beginnt mit der Prüfung,



wer – unter welchen Voraussetzungen – befugt ist, in medizinische Maßnahmen und eine vertrauliche Spurensicherung bei Minderjährigen einzuwilligen: die/der Minderjährige, die Eltern oder beide (Abschnitt C.)? Anschließend wird die von der Frage der Einwilligung abzugrenzende Frage geprüft, unter welchen Voraussetzungen Minderjährige ohne Einbezug ihrer Eltern wirksam einen Vertrag zur Behandlung und vertraulichen Spurensicherung abschließen können (Abschnitt D.). Dabei ist zu prüfen, ob sich aus der Notfallsituation nach einem sexuellen Übergriff ein Behandlungsanspruch der Minderjährigen und damit eine Behandlungspflicht der Ärzt*innen auch ohne Einbezug der Eltern ergibt (Abschnitt E.). Weiter stellt sich die Frage, ob die Eltern, wenn die/der Minderjährige allein über die ärztliche Versorgung entscheiden darf, nicht wenigstens zu informieren sind bzw. im Wege der Abrechnung automatisch informiert werden (Abschnitt F.). Neben der eigentlichen ärztlichen Untersuchung, Befunderhebung und Spurensicherung können sich jedoch noch weitere Handlungsschritte ergeben: So ist zu prüfen, ob der/die behandelnde Ärzt*in aus Kinderschutzgründen befugt oder verpflichtet ist, andere Akteure miteinzubeziehen (Abschnitt G.). Zentraler Akteur des Kinderschutzes ist die Kinder- und Jugendhilfe – ihre Möglichkeiten und Grenzen zu Schutz und Hilfe nach sexueller Gewalt werden in dem sich anschließenden Abschnitt (H.) dargestellt. Als letzter Teil der rechtlichen Expertise wird schließlich untersucht, ob und welche Haftungsrisiken sich im Zusammenhang mit ärztlichem Handeln gegenüber Minderjährigen ergeben." (S. 11)

[»weiter zur Expertise](#)

Kinderschutz zwischen Jugendamt und Familiengericht

Norbert Struck vom Gesamtverband hat zwei wichtige Fachartikel zum Thema Kinderschutz zwischen Jugendamt und Familiengericht zur Verfügung gestellt. Ludwig Salgo hat mit dem Titel "Der qualifizierte Familienrichter als tragende Säule im Kinderschutz" in ZKJ 5/2018 Anmerkungen zu Entscheidungen des Amtsgerichts Freiburg sowie des OLG Karlsruhe zu einem Fall schwersten Kindesmissbrauchs (Staufener Fall) veröffentlicht. Der Artikel zeigt klar die Verpflichtungen und Optionen der verschiedenen Beteiligten in familiengerichtlichen Verfahren auf.

In diesem Fall hatte das JA eine Inobhutnahme durchgeführt, die vom Gericht auf Antrag der Mutter unterbunden wurde. Kurz: die Gerichte haben in beiden Instanzen eklatant versagt. Das Jugendamt hatte zunächst eine richtige Falleinschätzung - hat aber dann seine abweichende Auffassung gegenüber der Entscheidung des Amtsgerichts nicht durch eine Beschwerde (§ 162 Abs. 3 Satz 2 FamFG) zur Geltung gebracht. Salgo verweist in seinem Artikel auch auf die neue Studie von Johannes Münder u.a.: Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz von 2017.

[»weiter zu den Fachartikeln](#)

Einzelfallarbeit



Deutscher Verein
für öffentliche
und private Fürsorge e.V.

Jugendämter und Gerichte sind zunehmend mit grenzüberschreitenden Fragestellungen, wie Kinderschutz, Kindesentführungen, Unterbringungen im Ausland und migrationsspezifischen Fragestellungen konfrontiert. Um Fachkräfte der Jugendhilfe vor Ort hier zu unterstützen, hat der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. eine Handreichung erarbeitet, die inzwischen zur Verfügung steht.

[» zur Handreichung](#)

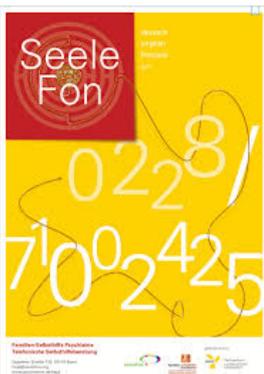
Fachinformationen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge Arbeitshilfe: Sicherung des Lebensunterhalts während einer Ausbildung für junge Menschen mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung



Der Weg in die Ausbildung und das erfolgreiche Absolvieren dieser ist für viele Geflüchtete noch mit großen Hürden verbunden. Für diejenigen, die es geschafft und eine Ausbildung aufgenommen haben, stellt sich die Frage, wie die betroffenen Personen während ihrer Ausbildung ihren Lebensunterhalt sicherstellen können, wenn keine oder zu wenig Ausbildungsvergütung gezahlt wird und welche weiteren Förderleistungen in Anspruch genommen werden können. Insbesondere für Menschen mit einer Aufenthaltsgestattung oder einer Duldung ergeben sich hier vielfältige Probleme, da die Rechtslage dazu widersprüchlich und zum Teil integrationsfeindlich ausgestaltet ist. Die Folge in nicht wenigen Fällen ist: Die Ausbildung muss abgebrochen werden, weil das Existenzminimum nicht gesichert ist. Die nun vorliegende Arbeitshilfe soll detaillierte Hinweise zur Problematik der Sicherung des Lebensunterhalts während der Ausbildung geben.

[» weiter zur Arbeitshilfe](#)

SeeleFon für Flüchtlinge



Seit 2016 bietet der Bundesverband der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen, BApK, gemeinsam mit dem BKK-Dachverband und dem BKK Landesverband Nordwest das „SeeleFon für Flüchtlinge“ an.

Menschen mit Fluchterfahrungen und anderem Migrationshintergrund können über das Telefon Hilfe erhalten, wenn sie ihre seelische Balance verloren haben. In arabischer, französischer und englischer Sprache haben die Betroffenen und ihr soziales Umfeld die Möglichkeit, ihre seelischen Nöte mitzuteilen und durch geschultes Personal

Unterstützung zu erhalten.

Unter der Telefonnummer 0228 71002425 ist eine Beratung in Arabisch, Englisch und Französisch montags, dienstags und mittwochs jeweils von 10:00 bis 12:00 Uhr sowie von 14:00 bis 15:00 Uhr möglich.

[»weiter zum Beitrag](#)

Ankerzentren und mögliche Bedeutung für UMF



24 Verbände und zivilgesellschaftliche Organisationen, u.a. auch der Paritätische Gesamtverband, fordern in einem gemeinsamen offenen Brief an die Städte und Gemeinden sowie das Innen- und das Familienministerium, die Rechte und das Wohl von Kindern in der Debatte um die geplanten Ankerzentren zu achten. Dabei wird sich auch deutlich gegen die dortige geplante Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gemeinsam mit Erwachsenen ausgesprochen, da dies dem Vorrang der Kinder- und Jugendhilfe widerspricht.

[»weiter zum gemeinsamen offenen Brief](#)

Unbegleitete Minderjährige in Deutschland: Herausforderungen und Maßnahmen nach der Klärung des aufenthaltsrechtlichen Status - Fokusstudie



Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie das Europäische Migrationsnetzwerk haben vor Kurzem diese Studie herausgebracht, die eine gute Zusammenfassung der Situation von unbegleiteten Geflüchteten darstellt. Inhalte der Studie sind:

- allgemeiner statistischer Überblick
- Unterbringung, Versorgung und Betreuung
- Integration ins Schulsystem und in den Arbeitsmarkt
- Rückkehr und Bleiberechtsregelungen
- Verschwinden von UMF
- Familienzusammenführung

[»weiter zur Broschüre](#)

Fachinformationen Bildung

Referentenstelle ab 01.10.2018 wieder besetzt

Herr Torsten Rothfuss wird zum 01.10.2018 als Referent Bildung in der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart beginnen und somit die Nachfolge von Raphael Kronwald antreten.

Nach seinem Bachelorstudium zum Sozialarbeiter / Sozialpädagoge an der DHBW Stuttgart sammelte er als Jugendreferent mehrjährige Berufserfahrung in der Kinder- und Jugendarbeit und war auch im Bereich der Schulsozialarbeit tätig. Nach Abschluss seines M.A. Erwachsenenbildung war er zuletzt an der Hochschule für Technik in Stuttgart als Mitarbeiter Hochschuldidaktik (als Elternzeitvertretung) tätig und hat die hochschuldidaktische Beratung und Begleitung von Lehrenden verantwortet.

Keine Förderung von Schulsozialarbeit durch Bildungs- und Teilhabepaket



Eine kleine Anfrage im Bundestag hatte die Inanspruchnahme, Umsetzung und zukünftige Ausgestaltung des Bildungs- und Teilhabepakets zum Thema und beinhaltete auch folgende Frage nach der Finanzierung von Schulsozialarbeit.

Wird die Schulsozialarbeit nach Kenntnis der Bundesregierung durch das BuT-Paket gefördert? Falls ja, in welchem Umfang, falls nein, welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung hier?

Die Antwort der Bundesregierung hierzu lautet:
"Schulsozialarbeit ist integraler Bestandteil der Schule und wird nach der grundgesetzlich festgelegten Kompetenzordnung von den Ländern umgesetzt. Die Schulsozialarbeit ist somit der allgemeinen Bildungspolitik und dem Schulwesen zuzuordnen. Eine Finanzierung aus Bundesmitteln wäre finanzverfassungsrechtlich nicht zulässig."(Drucksache 19/2268 23. Mai 2018, S. 12)

[»weiter zur Drucksache 19/2268 23. Mai 2018](#)

Die Strukturen der Schulsozialarbeit in Deutschland



Das Deutsche Jugendinstitut hat im Rahmen seines Projektes „Jugendhilfe und sozialer Wandel - Leistungen und Strukturen“ eine Broschüre zu den Strukturen von Schulsozialarbeit in Deutschland zusammengetragen und berücksichtigt empirisches Wissen hierzu sowie zu Entwicklungstendenzen des Feldes. Die Broschüre zielt darauf ab, auf Basis des zur Verfügung stehenden Datenmaterials einen umfassenderen Blick auf die aktuelle Situation der Schulsozialarbeit zu richten und sie aus Perspektive der strukturellen Dimensionen „Personal“, „Trägerschaft“, „Finanzierung“, „Kooperation“ und „Angebot“ zu betrachten.

[»weiter zur Broschüre](#)

Sonstige Informationen

Neue Leitung für das Landesjugendamt



Am 02.05.2018 wählte der Verbandsausschuss des KVJS Reinhold Grüner zum neuen Leiter des Landesjugendamts. Er war als Nachfolger von Roland Kaiser bereits seit Dezember 2017 kommissarisch im Amt und hat die Leitung des Dezernats zum 01.06.2018 übernehmen. Er war seit vielen Jahren Leiter des Referats für Grundsatzfragen des KVJS-Landesjugendamts und stellvertretender Dezernatsleiter.

Hans-Peter Becker in der Fachgruppe Jugendhilfe verabschiedet

Hans-Peter Becker, pädagogischer Leiter des Kinder- und Jugendheims Baden-Baden wurde am 15.05. aus der Fachgruppe Jugendhilfe offiziell verabschiedet (siehe Titelbild). Er geht Ende Juni 2018 in den wohlverdienten Ruhestand. In all den Jahren seiner Tätigkeit als Einrichtungsleitung hat Hans-Peter Becker im Paritätischen Landesverband aktiv mitgewirkt, um die Kinder- und Jugendhilfe in Baden-Württemberg voranzubringen. Für sein Engagement im Kernteam und als paritätischer Vertreter im Begleitkreis Rahmenvertrag möchten wir uns herzlich bedanken und für die Zeit nach der aktiven Zeit als Leitung im Kinder- und Jugendheim alles Gute wünschen.

Newsletter im internen Bereich eingestellt



Damit Sie die Newsletter im Bereich Jugend und Bildung rasch finden oder etwas nachlesen können, werden diese nach der Veröffentlichung im internen Bereich der Internetseite des Landesverbands unter interne Fachinformationen Jugend/Rundbriefe/Newsletter zu finden sein. Die Newsletter seit 2017 bis heute sind bereits eingestellt. <https://paritaet-bw.de/intern/interne-fachinformationen/jugend/rundschreiben/newsletter.html>

Bitte denken Sie daran, dass Sie für den internen Bereich Ihre Zugangsdaten benötigen. Sollten Ihnen diese nicht mehr vorliegen, können Sie sich gerne an Frau Haid-Plescia (haid-plescia@paritaet-bw.de) wenden. Sie kann Ihnen die Zugangsdaten zukommen lassen.

[» zu den Newslettern](#)

Veranstaltungen

Schulung zur neuen EU-Datenschutz Grundverordnung



Am 18.07.2018 findet von 09:30 bis 16:30 Uhr eine weitere praxisorientierte Schulung zur neuen EU-Datenschutz Grundverordnung statt, die in Kooperation mit der Firma "Althammer und Kill" angeboten wird. Die Teilnahmegebühr wird voraussichtlich ca.135,00 € pro Person betragen. Folgende Themenschwerpunkte werden praxisorientiert erörtert:

- Einführung Datenschutz und Informationssicherheit
- Überblick zu den gesetzlichen Neuerungen ab Mai 2018
- Vorstellung gesetzlicher Anforderungen wie Datenschutzfolgenabschätzung, Verarbeitungsübersichten, Beantwortung von Auskunftersuchen
- Änderungen im Umgang mit externen Dienstleistern
- Typische Prozesse und Problembereiche im Datenschutz
- Maßnahmenplan - Aufgaben
- Raum für Fragen und Diskussion

Ein paar wenige Plätze sind aktuell noch frei.

[» weitere Informationen und zur Anmeldung](#)

Herbsttagung der Fachgruppe Jugendhilfe



Am 15.11.2018 findet die Herbsttagung der Fachgruppe Jugendhilfe in Stuttgart statt zum Thema:

„Mitarbeiterführung 4.0 in der Kinder- und Jugendhilfe“

Auf folgende Fragestellungen soll dabei eingegangen werden:

- Welche neuen Herausforderungen ergeben sich heute und zukünftig für Führungskräfte in der Kinder- und Jugendhilfe? Wie sehen diese dann konkret aus?
- Wie können diese mit den bereits vorhandenen Entwicklungen durch den Fachkräftemangel konstruktiv angegangen werden?
- Was bedeutet die Digitalisierung für das Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe konkret?

Die Veranstaltung findet unter Beteiligung von "Contract KG. Menschlich wirksam" aus Karlsruhe statt.

Bitte merken Sie sich den Termin vor. Eine gesonderte Einladung erfolgt Mitte Oktober.

Informationsveranstaltung zu Ombudschaft Jugendhilfe am 23.11.2018 in Freiburg



Im Rahmen des Liga Projekts "Aufbau und Implementierung eines unabhängigen Ombudssystems für die Jugendhilfe in Baden-Württemberg" plant die Projektkoordination eine landesweite Veranstaltungsreihe zu Ombudschaft, auf die ich Sie heute schon einmal aufmerksam machen möchte.

Die Veranstaltungen sind in vier Regionen (Nord- und Südbaden, Nord- und Südwürttemberg) geplant. Für Südbaden findet die Veranstaltung im Rahmen eines kommunalen Fachgesprächs **am 23.11.2018 im Regierungspräsidium Freiburg, Bissierstr. 7, 79114 Freiburg** (Neubau; Raum 4.81 Ortenau) statt. Hierzu sind alle Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe aus dieser Region herzlich eingeladen.

Dort können Sie sich über verschiedene Konzepte zu einem unabhängigen Ombudssystem in Baden-Württemberg informieren, bisherige Erfahrungen mit ombudschaftlicher Beratung reflektieren und sich mit den Akteurinnen und Akteuren der öffentlichen und freien Jugendhilfe in Ihrer Region austauschen.

Um Zeit für Vernetzung und persönliche Gespräche zu haben, wird anschließend zum Mittagessen eingeladen. Ende der Informationsveranstaltung wird gegen 14:00 Uhr sein.

Das detaillierte Programm wird Ihnen nach der Sommerpause zugehen.

Die Projektkoordinatoren freuen sich, wenn Sie sich den Termin (23.11.2018) vormerken und an der Veranstaltung teilnehmen.

SIE HABEN FRAGEN ODER MÖCHTEN IN UNSEREN NEWSLETTERVERTEILER AUFGENOMMEN WERDEN?



Schreiben Sie uns einfach eine Nachricht an [info@paritaet-bw.de!](mailto:info@paritaet-bw.de)

IMPRESSUM

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Baden-Württemberg e.V.
Hauptstr. 28
70563 Stuttgart
Telefon: +49 (0) 711 2155 - 0
Telefax: +49 (0) 711 2155 - 215
E-mail: info@paritaet-bw.de
Vorstand: Ulf Hartmann (Vorstandsvorsitzender)
Registernummer / Vereinsregister Stuttgart VR 201
Steuernummer: 99015 / 01556
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Ulf Hartmann

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Unser Angebot enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.